

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
– Drucksache 20/12807 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Korrektur schwebender Änderungen im
Passgesetz, im Personalausweisgesetz und im eID-Karte-Gesetz**

A. Problem

Durch das Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2744), das Registermodernisierungsgesetz vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) und das Gesetz zur Modernisierung des Pass-, des Ausweis- und des ausländerrechtlichen Dokumentenwesens vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 271) sind Änderungen im Passgesetz, im Personalausweisgesetz und im eID-Karte-Gesetz vorgenommen worden, die noch nicht in Kraft getreten sind (sogenannte schwebende Änderungen).

Durch weitere zwischenzeitlich in Kraft getretene Änderungen derselben Regelungen durch andere Änderungsgesetze sind diese schwebenden Änderungen nun nicht mehr ausführbar.

Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen bezweckt zum einen die Aufhebung der nicht mehr ausführbaren Änderungsbefehle in den oben genannten Änderungsgesetzen sowie deren Neufassung, damit die betreffenden Vorschriften so ausgestaltet werden, wie dies ursprünglich vom Gesetzgeber intendiert war. Dabei wird auch eine Änderung im eID-Karte-Gesetz vorgenommen, mit der eine künftige Doppelbelegung eines Absatzes innerhalb der gleichen Norm vermieden wird.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Gruppe BSW.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Durch den Gesetzentwurf entstehen keinerlei sonstige Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme oder Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/12807 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 25. September 2024

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Carmen Wegge
Berichterstatterin

Josef Oster
Berichterstatter

Misbah Khan
Berichterstatterin

Dr. Ann-Veruschka Jurisch
Berichterstatterin

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Bericht der Abgeordneten Carmen Wegge, Josef Oster, Misbah Khan, Dr. Ann-Veruschka Jurisch, Dr. Christian Wirth und Petra Pau**I. Überweisung**

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 20/12807** wurde in der 185. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. September 2024 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/12807 in seiner 87. Sitzung am 25. September 2024 abschließend beraten und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Gruppe BSW.

Berlin, den 25. September 2024

Carmen Wegge
Berichterstatlerin

Josef Oster
Berichterstatter

Misbah Khan
Berichterstatlerin

Dr. Ann-Veruschka Jurisch
Berichterstatlerin

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatlerin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt